

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 18

Artikel: Naher Osten und Anerkennungsfrage
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Naher Osten und Anerkennungsfrage

Die PLO beabsichtigt, die israelisch besetzten Gebiete von Westjordanland und Gasastreifen zum unabhängigen Staat zu erklären und eine Exilregierung zu bilden. Zeichnet sich eine neue Grundlage zur gegenseitigen Anerkennung eines Palästinenserstaates und Israels ab? Die Frage stellt sich auch sonst.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat eine einmalige goldene Gelegenheit erhalten, um sowohl Israel als auch die Vereinigten Staaten in (arge) Verlegenheit zu bringen. Sie müsste sich dazu durchringen, denn jüdischen Staat und sein Recht auf Existenz anzuerkennen.

Jordanischer Schachzug

Am 31. Juli, wie erinnerlich, erklärte der jordanische König Hussein, das Westjordanland und der Gasastreifen samt den dortigen Bewohnern seien eine von Jordanien separate politische Einheit. Das Westjordanland und der Gasastreifen sind die von Israel seit dem Sechstagekrieg von 1967 besetzten Gebiete. Bis anhin hatte Hussein das Westjordanland beansprucht, das von 1948 bis 1967 Teil des jordanischen Königreichs war und von Amman aus regiert wurde. Solange der König auf seinem Anspruch bestand, galten seine Bewohner als jordanische Bürger und wurden auch so behandelt.

Diese Tatsache erlaubte es unter anderem Israel, unliebsame Palästinenser nach Jordanien abzuschicken, also von einem Teil ihres Landes in einen anderen. Das heisst, sie wurden nicht in ein fremdes Land befördert (deportiert), was einen Bruch des Völkerrechts bedeutet hätte. Mit seinem Schachzug hat Hussein den Israeli einen weiteren Weg versperrt.

Nahezu die Hälfte der erwachsenen jüdischen Bevölkerung in Israel befürwortet einen «Transfer» der Araber (Palästinenser) aus den besetzten Gebieten. Das ergaben im Juni vom Meinungsforschungsinstitut der Hebräischen Universität in Jerusalem durchgeführte Umfragen. Das Ergebnis wurde Mitte August veröffentlicht. «Transfer» steht für Abschieben.

Das heisst wiederum, Israel möchte sich das Westjordanland und den Gasastreifen einver-

leiben, nicht aber auch die dort lebenden 1,7 Millionen Palästinenser annektieren. Als Folge der Annexion müsste ihnen die israelische Staatszugehörigkeit gewährt werden. In den israelischen Grenzen leben bereits über 700 000 Araber. Zusammen mit ihren «Brüdern» aus dem Westjordanland und dem Gasastreifen wären das 2,7 Millionen Araber gegenüber derzeit etwa 3,5 Millionen Juden. Unschwer ist der Zeitpunkt abzusehen – zumal die Araber eine höhere Geburtenrate aufweisen –, da in Israel mehr Araber als Juden leben werden. Hussein hat mit seinem Schritt einer «Umsiedlungslösung» des (israelischen) Palästinenserproblems den Weg verbaut.

Der König hat den «eigenständigen» Palästinensern in den besetzten Gebieten vorgeschlagen, eine Exilregierung zu bilden. Diese müsste für die Palästinenser sprechen, für deren künftigen eigenen Staat. Er, Hussein, sei nicht mehr deren Verhandlungsführer bei den Gesprächen für eine «umfassende Nahost-Friedenslösung».

Völlig neue Situation

Hussein kennt seine «Pappenheimer», das heisst die PLO von Yassir Arafat. Will diese tatsächlich der alleinige Repräsentant der Palästinenser (in den besetzten Gebieten) sein, so muss sie jetzt handeln, das heisst verhandeln. Israel hat bisher Verhandlungen mit der PLO abgelehnt, weil es sich um eine Terroristenorganisation handle. Diesen Standpunkt nehmen auch die Vereinigten Staaten seit 1975 ein, ausser eben, die PLO anerkenne Israel.

Akzeptiert die PLO das Recht Israels auf seine Existenz in sicheren Grenzen, so könnte sich der jüdische Staat bald einmal isoliert sehen. In diesem Fall sähe Washington kein Hindernis mehr, um mit der PLO zu sprechen. Und wahrscheinlich würde eine palästinensische Exilregierung bald einmal auch von den Mitgliedstaat-

ten der Europäischen Gemeinschaft (EG) anerkannt werden.

Aber auch die PLO steht – vorab auch seitens (gemässigter) arabischer Staaten und der Sowjetunion – unter Druck, zu handeln, die von Washington gesetzten Bedingungen zu erfüllen (Anerkennung des jüdischen Staates). Der seit vergangenen Dezember anhaltende «Aufstand» in den besetzten Gebieten hat ebenfalls dazu beigetragen, dass die Amerikaner im allgemeinen nicht mehr eine derart ablehnende Haltung gegenüber der PLO an den Tag legen. Es liegt nun an der PLO, ihre «Karten» zu spielen.

Nach den Wahlen?

Wahrscheinlich wird sich die Organisation noch nicht zu einer Anerkennung Israels durchringen können. Die PLO dürfte den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 8. November und die eine Woche zuvor stattfindenden israelischen Wahlen zur Knesset (Parlament) abwarten wollen, bevor sie sich zum Handeln entschliesst, letztlich hoffend, Israel nicht anerkennen zu müssen:

Das PLO-Kalkül geht dahin, dass der «kompromisslose» Likud-Block von Ministerpräsident Yatzik Shamir aus den Wahlen als Sieger hervorgehen wird. Als Folge sieht die PLO eine Polarisierung der israelischen Gesellschaft. Der Likud werde gezwungen sein, mit der extremen Rechten eine Koalition einzugehen. Dadurch werde Israel auf der internationalen Bühne zunehmend isoliert werden, was der Organisation erlaubte, ihre politischen Vorstellungen eines zukünftigen palästinensischen Staates zu verwirklichen, ohne vom ursprünglichen Ziel abrücken zu müssen, den jüdischen Staat «zu vernichten»... Die PLO dürfte eine goldene Gelegenheit verpassen, verspielen. Darauf baut der König in Jordanien seinen Schachzug.

Jacques Baumgartner